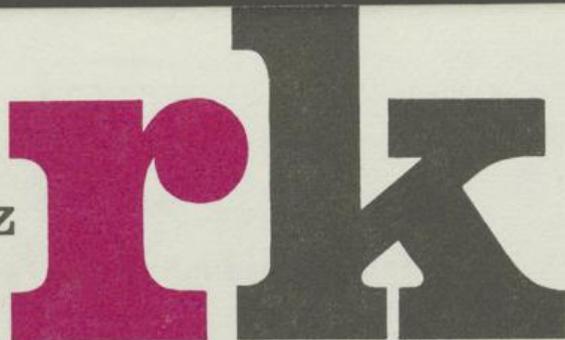


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 26. September 1980

Blatt 2728

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS
ausgesendet:
(violett)

Das "Cobenzl" soll Ausflugslokal bleiben
Fürst-Vorwurf entspricht nicht den Tatsachen

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Wiens erste Galerie im Krankenhaus
"Tag der offenen Tür": Bauberatung im Rathaus

Politik:
(rosa)

AKPE zu Rumpold-Feststellung

Lokal:
(orange)

Großes Interesse für Hafenrundfahrt

Kultur:
(gelb)

Kranzniederlegung zum 5. Todestag von Franz Salmhofer

Nur
über FS:

26.9. Morgen "Tag der offenen Tür"

26. september 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2729

.....
bereits am 25. september 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

80-09-25

das ''cobenzl'' soll ausfluglokal bleiben (1)

=++++

27 +++wien, 25.9. (rk-kommunal) beim wiener magistrat werden zur zeit einige angebote zur weiterfuehrung des cobenzl-schloessels als cafe- und ausflugsrestaurant geprueft. wie stadtrat josef v e l e t a gegenueber der ''rathaus-korrespondenz'' erklaerte, soll das cobenzl auf jeden fall als oeffentliche gaststaette fuer die wiener und die besucher unserer stadt erhalten bleiben. unter keinen umstaenden soll das cobenzl-areal nur einem privaten klub als ''konferenz- und seminarlokal'' zur verfuegung stehen.+++

mit den bewerbern, die das schloessel als ausfluglokal weiterfuehren wollen, finden in den naechsten tagen abschliessende gespraechе statt. (forts.) we/gg

26. september 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2730

.....
bereits am 25. september 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

80-09-25

''cobenzl soll ausfluglokal bleiben'' (2)

=++++

28 wien, 25.9. (rk-kommunal) umweltstadtrat peter
s c h i e d e r erklarte dazu weiter, dass auch vom
standpunkt des umweltschutzes die fuehrung von ausflugs-
lokalen in erholungsgebieten von bedeutung sei. zum cobenzl
stellte er fest, dass jede nutzung nur in der groessenordnung
der derzeitigen gebaeude stattfinden koenne. zu- oder
anbauten und anlagen in der umgebung, wie sie zum beispiel
mit dem erwaehten projekt eines privaten klubs und
konferenz- und seminarlokals vorgeschlagen wurden, koennten
nicht genehmigt werden. das lokal cobenzl liegt im wald-
und wiesenguertel, fuer alle zubauten waere eine bewilligung
erforderlich. in diesen und aehnlichen faellen werden
entsprechend dem naturschutzgesetz und auch nach der
bauordnung selbst keine bewilligungen erteilt. (schluss)

hs/gg

.....
bereits am 25. september 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

80-09-25

fuerst-vorwurf entspricht nicht den tatsachen (1)

=++++

29 wien, 25.9. (rk-politik) zur heutigen presseaussendung des oevp-pressedienstes, ''rathaus: wieder zwei millionen s ohne ausschreibung'' stellt der amtsfuehrende stadtrat fuer umwelt und freizeit peter s c h i e d e r , in dessen zustaeendigkeit der pid faellt, fest:

die aerztekammer fuer wien fuehrt mit unterstuetzung zahlreicher stellen eine grossartige aktion in wien durch, bei der es den wienern ermoeglicht werden soll, diabetes und nieren-erkrankungen zu erkennen. die stadt wien unterstuetzt diese aktion in der form eines postwurfes, der aus einer broschuere, in der die durchfuehrung der aktion erklaert wird und in der die teststreifen enthalten sind, sowie dem ruecksendekouvert besteht.

der text der broschuere ist von der aerztekammer fuer wien erarbeitet worden und liegt in deren fachlicher verantwortung. in der broschuere ist auch ein vorwort des praesidenten der wiener aerztekammer sowie des buergermeisters der stadt wien enthalten. (forts.) hs/gg

.....
bereits am 25. september 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

fuerst-vorwurf entspricht nicht den tatsachen (2)

utl.: buergermeister gratz: ich begruesse die aktion der wiener
aerztekammer

=++++

30 wien, 25.9. (rk-politik) das vorwort des buergermeisters
der stadt wien lautet:

die erfolgreiche bekaempfung vieler leiden haengt weitgehend
davon ab, dass die erkrankung in einem moeglichst fruehen
stadium erkannt wird. zahlreiche einrichtungen des gesundheits-
wesens, von der regelmaessigen aerztlichen kontrolle der
kinder bis zur gesundenuntersuchung, dienen diesem ziel. in
den letzten jahren gab es im zuge der weitgehenden ausbauten
und verbesserungen des gesundheitswesens, die unter der
amtsfuehrung von gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois
stacher erfolgt sind, gerade auf diesem gebiet der vorbeugenden
medizinischen betreuung sehr wesentliche fortschritte. die
aktion der wiener aerztekammer, der diese aussendung gewidmet
ist, stellt einen wertvollen beitrag dazu dar. deshalb begruesse
ich diese aktion und appelliere an alle, sich im eigenen
interesse daran zu beteiligen.

der buergermeister der stadt wien
leopold gratz

(forts.) hs/gg

26. september 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2733

.....
bereits am 25. vseptember 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

80-09-25

fuerst-vorwurf entspricht nicht den tatsachen (3)

utl.: auftragsvergabe voellig korrekt

=++++

31 wien, 25.9. (rk-politik) zur auftragsvergabe stellte stadtrat schieder fest, dass sie ordnungsgemaess zustande gekommen sei. grundlage der vergabe fuer den postwurf sei eine ausschreibung gewesen, bei der die firma compress das bestangebot erstellte. bei den zusaetzlichen leistungen, wie einkleben der teststreifen, etc. , wurde ebenfalls die preisangemessenheit ueberprueft.

die auflage von 1,2 millionen exemplaren ergibt sich aus dem verstaendlichen wunsch der aerztekammer, exemplare in reserve zu halten, falls sich mehr wiener an dieser wichtigen aktion beteiligen wollen. diesbeuegliche war die aerztekammer an die stadt wien herangetreten.

zur frage der pruefung der auftragsvergabe durch das kontrollamt stellte schieder fest, dass die auftragsvergabe der postwuerfe, wie herrn gemeinderat fuerst bekannt sein sollte, durch das kontrollamt ueberprueft worden ist und nicht beanstandet worden war. der diesbeuegliche bericht ist auch im kontrollausschuss der stadt wien mit den stimmen aller drei fraktionen zur kenntnis genommen worden.

den vorwurf fuersts, dass in diesem fall ein ''spoe-politiker unter zweifelhaften umstaenden einen millionen-auftrag freihaendig vergeben liess'', weist er, schieder, schaerfstens zurueck. die auftragsvergabe ist durch den zustaeendigen gemeinderatsausschuss fuer umwelt und freizeit unter dem aktenzeichen 249/80 als letzte post der tagesordnung erfolgt. es stimmten im ausschuss acht gemeinderaete dafuer und zwei dagegen. (schluss) 's/gg

80-09-26

"tag der offenen tuer": bauberatung im rathaus

=++++

1 +++wien, 26.9. (rk-kommunal) eine bauberatung im wappensaal des rathauses macht es leicht, sich am "tag der offenen tuer", dem 27. september, bei einem rundgang auch ueber rechtliche und technische voraussetzungen bei einem neu-, um- oder zubau zu informieren. dieses service, das von mitarbeitern der baupolizei und der magistratsabteilung fuer stadtgestaltung geboten wird, ist jedoch nicht nur fuer "haeuslbauer" und solche, die es werden wollen, interessant, sondern auch fuer wohnungsmieter: was muss ich tun, wenn ich eine wand aufstellen bzw. niederreißen will, kann ich ohne weiteres fenster austauschen, was kann ich machen, wenn abbroeckelnder verputz eine gefahr darstellt, der hauseigentuemer jedoch dagegen nichts unternimmt? auf diese und aehnliche fragen werden experten antworten. mieter und alle jene, die gerade ein eigenes haeuschen bauen wollen, erfahren auch wichtige details ueber die besten und sichersten moeglichkeiten, sich gegen unangenehmen laerm und waermeverlust zu schuetzen - manche materialien koennten zum beispiel bei einem brand eine echte gefahr bedeuten. wer will, kann ein informationsblatt mitnehmen, in dem in wichtigsten grundsuetzlichen voraussetzungen fuer eine baubewilligung aufgezaehlt sind, und man kann sogar - wenn man alle unterlagen mithat - ein bauansuchen zur weiterleitung an die zustaendige dienststelle abgeben. formulare werden aufliegen.

da die moeglichkeit, neu- oder umbauten an einer bestimmten stelle zu errichten, hinsichtlich hoehe und ausdehnung der gebaeude usw. im flaechenwidmungs- und bebauungsplan enthalten ist, wird ein mitarbeiter der zustaendigen fachabteilung gleich neben der bauberatung fuer auskuenfte ueber den aktuellen flaechenwidmungs- und bebauungsplan zur verfuegung stehen.
(schluss) and/bs

80-09-26

kranzniederlegung zum 5. todestag von franz salmhofer

=++++

2 wien, 26.9. (rk-kultur) am 22. september jaehrte sich der todestag professor franz s a l m h o f e r s zum fuenften male.

prof. salmhofer, von 1946 bis zu seinem tode ehrenpraesident der wiener johann strauss-gesellschaft, war stets einer der aktivsten verfechter der wiener musik und hat sich um die verbreitung der strauss-musik sowohl in konzerten, auf den theater-buehnen und auf schallplatten als auch in wissenschaftlicher form - die johann strauss-gesamtausgabe in partituren und stimmen war eines seiner besonderen anliegen - groesste verdienste erworben.

das praesidium der johann strauss-gesellschaft wien gedachte am todestag mit einer schlichten feier, an der in anwesenheit der witwe vertreter des vorstandes der johann strauss-gesellschaft, der familie strauss und der wiener volksoper teilnahmen, am ehrengarbe ihres ehrenpraesidenten. worte des gedenkens sprach vizepraesident prof. dr. herbert vogg.

auch die stadt wien hat am grabe ihres ehrenring-traegers einen kranz niedergelegt. (schluss) red/gg

80-09-26

wiens erste galerie im krankenhaus

=++++

3 +++wien, 26.9. (rk-kommunal)
in der krankenanstalt rudolfstiftung
wurde donnerstag abend durch
gesundheitsstadtrat univ.-prof.dr.
alois s t a c h e r und
kulturstadtrat prof.dr. helmut
z i l k wiens erste ''galerie
im krankenhaus'' fuer patienten und
besucher eroeffnet.

bei dieser galerie, die ueber initiative des gesundheits-
stadtrates in zusammenarbeit mit dem kulturamt geschaffen wurde,
handelt es sich um die erste einrichtung dieser art in einem
staedtischen spital. im rahmen der ersten ausstellung werden
rund 35 arbeiten von zwoelf bekannten wiener aquarelisten wie
zum beispiel moldovan, unger, lore heuermann usw. gezeigt.+++

prof. zilk bezeichnete diese erste krankenhausgalerie als
einen wertvollen versuch, die kulturpolitik in das spital zu
tragen. als ein weiteres beispiel dafuer, dass kunst und kultur
nicht im ghetto existieren muessten. die bildende kunst ist damit
zum freund und helfer der patienten geworden.

stadtrat prof. stacher meinte, dass die direkte begegnung
mit der kunst einen weiteren schritt im rahmen der in den letzten
jahren erfolgreich durchgefuehrten bemuehungen zur humanisierung
der krankenanstalten darstellt. gerade die rudolfstiftung sei
ein beispiel fuer den bisher erfolgreich eingeschlagenen weg.
unter humanisierung sei jedoch nicht nur die verbesserung der
unmittelbaren umgebung und unterbringung des patienten zu
verstehen, sondern vor allem auch die begegnung und zuwendung
zum patienten. (schluss) zi/bs

80-09-26

grosses interesse fuer hafentrundfahrt

=++++

6 wien, 26.9. (rk-lokal) aussergewöhnlich grosses interesse herrscht fuer die hafentrundfahrt beim ''tag der offenen tuer''. leider steht heuer das schiff ''theodor koerner'' mit seinen 500 plaetzen nicht zur verfuegung, sondern nur die ''vindobona'' mit 200 plaetzen. fuer die vier jeweils zweistueendigen rundfahrten konnten also insgesamt nur 800 karten aufgelegt werden, die in kuerze vergriffen waren. es ist geplant, fuer die enttaeuschten interessenten die rundfahrt am 11. oktober viermal zu wiederholen.

aehnlich ist die situation bei den fuehrungen durch das kanalnetz. aus sicherheitsgruenden koennen nur jeweils 40 personen an einer fuehrung teilnehmen, insgesamt somit 560 personen an den im halbstundenintervall stattfindenden fuehrungen. um auch in diesem fall allen interessenten die besichtigung zu ermoeeglichen, sollen in naechster zeit weitere fuehrungen stattfinden. (schluss) sti/bs

80-09-26

akpe zu rumpold-feststellung

=++++

7 wien, 26.9. (rk-politik) die akpe teilt mit: zur aussage von dipl.-ing. rumpold "dass es am besten waere das akh abzureissen" stellte die direktion der akpe fest, dass diese erklaerung einfach unverstaendlich ist, da herr rumpold niemals erklaerungen in diese richtung gegenueber dem vorstand der akpe abgegeben hat. im gegenteil ist festzustellen, dass er im rahmen der betriebsorganisationsplanung und zwar bis zu seinem austritt am 31. jaenner 1980 als geschaeftsfuehrer der oekodata laufend und in schriftlicher form ausarbeitungen uebermittelte und zwar in form positiver loesungsvorschlaege fuer den kuenftigen betrieb des akh. dies geschah in erfuellung des erteilten auftrages an die abo. (schluss) akpe/gg

80-09-26

Landtag (1)

=++++

5 wien, 26.9. (rk-kommunal) freitag trat unter dem vorsitz seines ersten praesidenten hubert p f o c h (spoe) der wiener landtag zu einer sitzung zusammen. es lag eine dringliche anfrage der spoe an den landeshauptmann vor, betreffend durchfuehrung von massnahmen in wien im sinne der von bundeskanzler kreisky verkuendeten zehn punkte. auf antrag von labg. dr. g o l l e r (oevp) unterbrach der vorsitzende die sitzung auf eine halbe stunde, damit die klubobmaenner gelegenheit haben, die dringliche anfrage zu beraten.

vor unterbrechung der sitzung behandelte der landtag drei auslieferungersuchen des straflandesgerichtes wien betreffend die abgeordneten dr. b u s e k und h a h n (beide oevp) wegen verdachtes der ueblen nachrede in druckwerken. die von labg. dr. k r a s s e r (oevp) referierte empfehlung des immunitaetskollegiums auf ablehnung der begehren wurde vom landtag einstimmig beschlossen. (forts) smo/fe

80-09-26

Landtag (2):

utl.: dringliche spoe-anfrage

=++++

8 wien, 26.9. (rk-kommunal) nach wiederaufnahme der sitzung wurde die dringliche anfrage verlesen. darin wird darauf hingewiesen, dass die 10-punkte-erklaerung des bundeskanzlers weitgehend die zustimmung der bevoelkerung findet. die anwendung dieses programms in wien erscheint unbedingt erforderlich, nicht zuletzt deswegen, um die ueberwiegende mehrheit jener bediensteten, die pflichtgetreu ihre aufgaben erfuehlen, vor haltlosen verdaechtigungen zu schuetzen. der landeshauptmann wird gefragt, ob er bereit ist, fuer die anwendung der zehn punkte in wien im rahmen der verfassung einzutreten. abg. m a y r h o f e r (spoe) begruendete die dringliche anfrage damit, dass die misstaende und unzu koemlichkeiten, die im zuge der kontrollamtsuntersuchungen beim akh aufgedeckt wurden, nicht geringer geworden sind und sich ueber das akh hinaus auf weitere bereiche ausdehnen. (forts) smo/fe

80-09-26

Landtag (3)

utl.: debatte ueber dringliche

=++++

9 wien, 26.9. (rk-kommunal) als erster debattenredner erklarte labg. m a y r h o f e r (spoe), dass es der opposition nicht darum geht, das akh rasch fertig zu stellen, sondern die verfehlungen der manager moeglichst lange auszuschlachten. die oevp waere gut beraten, sich von einer ''busek-politik'' zu loesen, die alles in frage stellt, was muehsam aufgebaut wurde.

es bedarf dringend der aufklaerung, wie die verschiedenen festivitaeten der wiener oevp finanziert werden. dr. busek soll doch endlich sagen, was im sogenannten ''buengerforum'' vorgegangen ist. und schliesslich ist der geplant gewesene verkauf von nationalratsmandaten ein trauriges zeichen fuer unsere demokratie. (forts.) sei/gg

80-09-26

Landtag (4):

utl.: debatte ueber dringliche anfrage

=++++

10 wien, 26.9. (rk-kommunal) labg. dr. h i r n s c h a l l
(fpoe) kritisierte, dass der text der dringlichen anfrage den
fraktionen nicht rechtzeitig zur verfuegung gestellt worden sei.
er habe den eindruck, dass diese anfrage eher der aufarbeitung
innerparteilicher probleme der spoe als der auseinandersetzung
mit den oppositionsparteien diene. fuer die fpoe stellen die
"zehn punkte" des bundeskanzlers jedenfalls kein problem dar.
die "zehn punkte" geniessen die unterstuetzung der fpoe. die
spoe moege dazusehen, diese unterstuetzung auch in ihren eigenen
reihen sicherzustellen. zu dem vorwurf einer parteispende an
die kufsteiner fpoe gegen erlassung von steuerschulden sagte
hirnschall, der kufsteiner fpoe-buergermeister habe eindeutig
klargestellt, dass die fpoe keine spenden genommen habe. die
massnahmen zugunsten der in wirtschaftliche schwierigkeiten
geratenen firma seien im interesse der arbeitsplaetze im
kufsteiner gemeinderat einstimmig beschlossen worden. (forts)
ger/fe

80-09-26

Landtag (5)

utl.: debatte ueber dringliche

=++++

11 wien, 26.9. (rk-kommunal) Labg. h a h n (oevp) sagte, mit dem zehnpunkteprogramm des kanzlers werde die auseinandersetzung zwischen kreisky und androsch in den landtag getragen. die dringliche anfrage der spoe sei zwar fuer die opposition eine ueberraschung gewesen, offensichtlich aber nicht fuer das anwesende fernsehen.

zu den zehn punkten sagte hahn, entsprechende antraege der oevp seien sowohl in den gremien des landes wien wie auch des bundes immer wieder von der spoe abgelehnt worden. dies betreffe die begleitende kontrolle ebenso wie die aenderung bei der ausschreibung oeffentlicher auftraege, die kontrolle fuer das budget derartiger vorhaben und die vermoegensverhaeltnisse der obersten organe des staates und die frage der unvereinbarkeit. eine sachliche stellungnahme der spoe zu diesen fragen sei aber erst nach der loesung des problems androsch zu erwarten.

Labg. e m e r l i n g (spoe) hob die gute wirtschaftspolitik androschs hervor und sagte, androsch halte sich ebenso wie andere spoe-politiker an die zehn punkte kreiskys. der oevp koenne man nur sagen, sie solle mit ihren dauernden beschuldigungen 'nicht falsches zeugnis ablegen'. durch die skandale der letzten zeit sei der ruf oesterreichs, die moral seiner fuehrungskraefte und beamten in frage gestellt. oesterreich und die stadt wien, die verantwortlichen und bediensteten der oeffentlichen stellen haben sich das nicht verdient. die zehn punkte kreiskys sollen ein gesundes klima wiederherstellen, das ein verantwortungsvolles arbeiten auf allen ebenern des staates ermoeglicht. dabei sei auch eine saubere loesung fuer den problemkreis partei und geld noetig, zu der sich die oevp bisher nicht habe entschliessen koennen. (forts.) gab/gg

80-09-26

Landtag (6)

utl.: debatte ueber dringliche

=++++

12 wien, 26.9. (rk-kommunal) labg. f u e r s t (oevp) stellte fest, dass kreiskys zehnpunkteprogramm schon lange von der oevp gefordert wurde. allerdings fehlen in kreiskys "geboten" die kriterien fuer die verantwortlichkeit des politikers. es fehlt ein elftes gebot, das die persoenliche bereicherung des mandatars auf kosten der allgemeinheit untersagt. es fehlt ein zwoelftes gebot fuer die verantwortlichkeit bei falschen personalentscheidungen und ein 13. gebot fuer die verantwortlichkeit bei falschen sachentscheidungen.

die spoe habe ueber eine firmenkette, ausgehend vom vorwaerts-verlag versucht, am akh mitzuverdienen. die zehn punkte zeigen ansaetze fuer die zukunft, die vergangenheit bleibt offen.

gr. g a w l i k (spoe) warnte davor, historische tatsachen aus der vergangenheit zu uebersehen: der schrei nach dem "starken mann" sei eine eminente gefahr fuer die demokratie. die politiker aller drei parteien stehen im blickpunkt der oeffentlichkeit. je mehr es diffamierungen und gegenseitige beschuldigungen gibt, desto mehr wird das ansehen aller politikler leiden. die oevp habe mit dem miss-trauensantrag bewiesen, dass sie nicht zur gemeinsamen arbeit bereit sei. die absicht aus der akh-ffaere parteipolitisches kapital zu schlagen, liege klar auf der hand. (forts.) ba/gg

80-09-26

Landtag (7)

utl.: antwort des Landeshauptmannes

=++++

13 wien, 26.9. (rk-kommunal) die debatte habe gezeigt, dass die anwendung der zehn punkte im bereich der stadt wien im wesentlichen auch von fpoe und oevp als notwendig angesehen wird, erklarte landeshauptmann leopold g r a t z (spoe) in der beantwortung der dringlichen anfrage. er werde der landesregierung entsprechende vorschlaege unterbreiten, unter anderen ueberlegungen zu einer begleitenden kontrolle, nicht nur beim akh sondern auch bei anderen vorhaben. er unterstuetze die vorschlaege betreffend der ausschreibe- und vergaberichtlinien und den raschen abschluss der laufenden untersuchungen durch die gerichte. er persoendlich begruesse auch die vorschlaege zur darlegung der vermoegensverhaeltnisse der politiker zu beginn und ende ihrer taetigkeit und auf schaffung eines ehrensenates, der beschuldigungen gegen landespolitiker untersuchen kann. die unvereinbarkeitsbestimmungen seien ebenso zu unterstuetzen wie die auffassung, dass politiker fuer ihre arbeitszeit eine angemessene entschaedigung, die versteuert wird, erhalten. gratz wandte sich dann gegen eine andeutung von fpoe-obmann dr. steger und stellte fest, dass er grundsatzlich dagegen sei, dass bei einem zusammengesetzten tatbestand, wie er durch das zusammenwirken von bestecherbestochener entsteht, einer davon freigesprochen wird. (forts.)

smo/gg

80-09-26

landtag (8)

utl.: antwort des landeshauptmannes

=++++

14 wien, 26.9. (rk-kommunal) an diese antwort schloss gratz einige grundsatzliche ueberlegungen an, fuer die er in der sitzung mit dem oevp-misstrauensantrag gegen ihn, keine moeglichkeit gesehen habe: er werde das von der oevp verlautbarte gebot, der buergermeister habe zurueckzutreten, wenn die opposition es fordere, nicht befolgen. er werde hingegen jede moeglichkeit nutzen, die wiener ueber den oevp-misstrauensantrag zu informieren. er fuehle sich nicht politisch verantwortlich gegenueber der lautstaerke der oevp, sondern gegenueber den wienerinnen und wienern.

gratz legte dar, warum es seiner meinung nach beim weiterbau des akh zu einer zusammenarbeit haette kommen sollen. die schonungslose aufklaerung der misstaende sei selbstverstaendlich und kein diskussionsgegenstand. in wien werde auf verschiedenen ebenern agiert. es werden die grossen leistungen auf verschiedensten gebieten gezeigt, und gewuerdigt. auf einer anderen ebene wird aber ein zerrbild wiens gezeichnet, das bis in die bundeslaender wirkt. es entsteht ein zerrbild ueber oesterreich im ausland und zerrbild des gesamten oeffentlichen dienstes, als sei er in einer gesamtheit korrupt. es sei seine idee gewesen, das bild in den bundeslaendern, im ausland und die falsche meinung ueber die oeffentlich bediensteten gemeinsam wieder zurecht zu ruecken. (forts.) smo/bs

80-09-26

Landtag (9)

utl.: antwort des Landeshauptmannes

=++++

15 wien, 26.9. (rk-kommunal) er sei seiner partei dankbar, dass sie in einer kampfsituation bereit gewesen ist, fuer dieses ziel die hand zum gegner auszustrecken. von der oevp sei dies allerdings als taktischer winkelzug betrachtet worden. der misstrauensantrag habe dann alle bemuehungen zerstoert.

abschliessend meinte g r a t z (spoe) zur politik dr. stegers, haltlose behauptungen aufzustellen: dies sei nicht ungefaehrlich - es koennte der fpoe mehr gegner der partei demokratie als anhaenger bringen.

mit der anfragebeantwortung endete die sitzung des landtags.
(schluss) smo/bs

80-09-26

gemeinderat (1)

utl.: fragestunde

16 wien, 26.7. (rk-kommunal) der wiener gemeinderat trat im anschluss an die sitzung des wiener landtages unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. die sitzung wurde mit einer fragestunde begonnen.

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. doktor h i r n s c h a l l (fpoe), ob auf weitere geschaeftsbeziehungen mit der firma prutscher verzichtet wird, antwortete buergermeister g r a t z (spoe), dass er den kontrollamtsdirektor am 29. august beauftragt hat, die in der oeffentlichkeit gegen die firma prutscher erhobenen vorwuerfe zu ueberpruefen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann es allmaehlich angesichts der bekanntgewordenen tatsachen "reicht", erklarte buergermeister gratz, dass er selbst grosses interesse an dem abschliessenden bericht des kontrollamtes habe. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob er in der lage ist, ein geschaeft der firma prutscher zu erlautern, das serioes abgewickelt wurde, antwortete buergermeister gratz, dass er diese frage in der gestellten form nicht beantworten kann. es liegen behauptungen vor und ausfuehrliche gegendarstellungen der firma, und man wird den kontrollamtsbericht, der sicherlich rasch erstellt werden wird, abwarten muessen.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. p r o c h a s k a (oevp), wieviel die gesiba fuer das als kulturzentrum vorgesehene palais harrach verlangt, antwortete stadtrat prof. dr. z i l k (spoe), dass die gespraechе mit der gesiba noch nicht abgeschlossen sind. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob sich die "amtsraumnutzung" bereits fuer ein kulturzentrum ausgesprochen hat, erklarte dr. zilk: ja, sonst waeren ja keine gespraechе moeglich. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie das verhaeltnis kulturelle und buero-nutzung sein wird, erklarte dr. zilk, dass ein erheblicher teil fuer eine aktuelle kulturelle nutzung vorgesehen ist. (forts)

sei/fe

80-09-26

gemeinderat (2)

utl.: fragestunde

=++++

17 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die d r i t t e
a n f r a g e von gr. s e v c i k (spoe), welche ergebnisse
die untersuchungen gegen beamte, die von einem nachrichten-
magazin der annahme von schmiergeldern bezichtigt wurden,
gebracht haben, antwortete stadtrat n e k u l a (spoe), dass
die acht beamten sofort einvernommen wurden. sie erklarten
von der firma siemens zu mittagessen eingeladen worden zu sein,
beziehungsweise kalender oder eine flasche spirituoson erhalten
zu haben. in zwei faellen handelte es sich um einladungen zu
dienstreisen, die jedoch nicht doppelt verrechnet wurden. diese
angaben wurden vom generaldirektor der firma siemens bestaetigt.
auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob die angelegen-
heit damit erledigt sei, antwortete nekula, dass auch die
wirtschaftspolizei beziehungsweise die staatsanwaltschaft
ermittle. die darstellung des sachverhaltes durch die genannten
beamten gebe fuer die stadt wien beziehungsweise die wiener
stadtwerke keinen anlass, strafbehoerde zu spielen. sollte sich
bei den ermittlungen der staatsanwaltschaft jedoch ein straf-
barer tatbestand ergeben, so werde die stadt wien die ent-
sprechenden massnahmen setzen. auf die z w e i t e z u -
s a t z f r a g e , was geschehe, wenn sich die beschuldigungen
als haltlos erweisen, wies nekula darauf hin, dass die gewerk-
schaft der gemeindebediensteten den beschuldigten beamten vollen
rechtsschutz gewaehrt. (forts.) ger/gg

80-09-26

gemeindrat (3)

utl.: fragestunde

=++++

18 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die v i e r t e
a n f r a g e von gr. f u e r s t (oevp) nach welchen
richtlinien in publikationen der gemeinde wien ueber
initiativen und taetigkeit von gemeinderaeten berichtet wird,
antwortete stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass der presse-
und informationsdienst ueber die sitzungen des gemeinderates und
der gemeinderatsausschuesse berichte. wegen der grossen zahl von
gemeinderaeten sei es im allgemeinen nicht moeglich, ueber die
taetigkeit einzelner mitglieder namentlich zu berichten.
ausnahmen stellen besondere initiativen und erfolge fuer die
stadt dar. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob der
bericht ueber ein von vier namentlich genannten spoe-gemeinde-
raeten gegruendetes kundendienst-komitee fuer oeffentliche
verkehrsmittel im stadtwerke-magazin '24 stunden fuer wien'
nach diesen richtlinien zulaessig sei, antwortete schieder,
dass zu pruefen sei, ob dieseskomitee tatsaechlich gebildet
wurde und regelmaessig mit stadtrat nittel zusammentritt. wenn
ja, so handelt es sich um einen tatsachenbericht, er werde diese
angelegenheit pruefen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e,
ob er dafuer sorgen werde, dass auch ueber initiativen von
oevp-gemeinderaeten, wie etwa den "gruenen rat", berichtet
werde, antwortete schieder, dass dies bereits geschehen sei.
(forts.) ger/bs

80-09-26

gemeinderat (4)

utl.: fragestunde

=++++

19 wien, 26.9. (rk-kommunal) die f u e n f t e a n f r a g e wurde zurueckgezogen.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von stadtrat dr. m a u t h e (oevp), ob die baumfaellungen im zusammenhang mit dem bau der brigittenauer bruecke notwendig waren, antwortete stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass die engertthstrasse als umleitungsstrecke im zusammenhang mit dem bau der bruecke ausgebaut werden muss. die planungen sahen die erhaltung des baumbestandes vor. bei den arbeiten wurden jedoch die wurzeln einiger baeume, die unter die strasse reichten, beschaedigt. von experten wurde festgestellt, dass die standsicherheit einiger baeume nicht gewaehrleistet sei. aus sicherheitsgruenden und weil einige baeume auch bereits morsch waren, mussten mehrere baeume gefaellt werden. selbstverstaendlich werden entsprechende ersatzpflanzungen vorgenommen, dieallee wird wiederhergestellt und durch platanen ergaenzt. schieder betonte, dass die ersatzpflanzungen mit bereits groesseren baeume vorgenommen werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wieviele baeume heuer bereits verkehrsbauten geopfert werden mussten, antwortete schieder, dass er dies fuer heuer noch nicht sagen koenne. im durchschnitt der letzten jahre wurden in wien insgesamt - nicht nur fuer verkehrsbauten - fuenfhundert bis tausend baeume gefaellt. ersatzpflanzungen wurden in hoeherem ausmass vorgenommen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach abhaltung einer "gruenenquete" sagte schieder, dass die zustaendigen abteilungen derzeit an der erstellung eines diesbezuglichen vorschlags arbeiten. (forts.) ger/gg

80-09-26

gemeinderat (5)

utl.: fragestunde

=++++

20 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die anfrage von gr. h a b e r l (spoe), wieviele wiener bisher vom sozialpass gebrauch gemacht haben, antwortete stadtrat s t a c h e r (spoe): es sind bis 5. september 34.600 sozialpaesse ausgegeben worden, davon 21.151, die zu einer ermaessigung bei den oeffentlichen verkehrsmitteln und in den baedern berechtigten. der sozialpass ersetzt mehrere ausweise, die bisher in gebrauch waren. 55.000 wiener haben einen anspruch auf einen sozialpass. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob es schwierig-keiten bei der ausstellung des sozialpasses gibt, sagte stacher, schwierigkeiten seien insofern zu erwarten, dass der sozialpass ab 1. jaenner 1981 den bisherigen pensionistenausweis ersetzt. hier muss man die betroffenen rechtzeitig informieren, damit sie sich rechtzeitig den sozialpass ausstellen lassen.

die a c h t e a n f r a g e wurde zurueckgezogen.

auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. e m e r l i n g (spoe) welche erfahrungen er mit der seniorenwoche 1980 im rathaus gemacht habe, sagte stadtrat s t a c h e r (spoe), es seien den erwartungen entsprechend tausende besucher gekommen, allerdings weniger als in die wesentlich groessere stadthalle. das manko des ungewohnten ortes sei durch viele aktivitaeten und die schoenere umgebung des rathauses wettgemacht worden.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der besuchersfrequenz der gesundheitsstrasse, sagte stacher, es sind insgesamt 13.504 untersuchungen durchgefuehrt worden.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach dem veranstaltungsort der naechsten seniorenwoche, sagte stacher, dies stehe noch nicht fest, aber wahrscheinlich werde man wieder in die stadthalle gehen. (forts.) gab/gg

80-09-26

gemeinderat (6)

utl.: fragestunde

=++++

21 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die z e h n t e
a n f r a g e von gr. k u c h a r (fpoe), ob man der lehrer-
schaft fuer das inkasso bei der schulmilchaktion eine provision
zahlen solle, antwortete stadtrat m a y r (spoe) in
vertretung von vizebuergermeister gertrude froehlich sandner,
er lehne eine provisionszahlung ab.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , welche
moeglichkeiten er zur einfuehrung der schulmilchaktion an
allen wiener pflichtschulen sehe, sagte mayr, derzeit gebe es
die schulmilchaktion an einem drittel der wiener pflichtschulen.
die aktion kann ohne hilfe der lehrer nicht durchgefuehrt werden,
doch seien diese dienstrechtlich nicht zur mithilfe verpflichtet.
daher sehe er kaum eine moeglichkeit fuer eine ausweitung der
aktion.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob es
diese schwierigkeiten bei der durchfuehrung nur in wien gebe,
sagte mayr, dies sei in allen bundeslaendern gleich. es sei
jedoch zu beruecksichtigen, dass diese aktion vor vielen jahren
unter anderen ernaehrungsmaessigen voraussetzungen geschaffen
wurden. (forts.) gab/bs

80-09-26

gemeinderat (7)

utl.: fragestunde

=++++

22 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die e l f t e a n f r a g e von gr. f r e i n b e r g e r (spoe), ob bei der endstation der u 1 in kagran ein aufzug eingebaut wird, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass ein aufzug eingebaut wird, um vor allem aelteren menschen die fahrt ins stadtzentrum zu erleichtern. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der moeglichkeit von park-and-ride bei der endstation sagte stadtrat nittel, dass einige flaechen bereits als parkplatz ausgewiesen sind. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wann der aufzug in betrieb genommen wird, sagte stadtrat nittel, dass mit der aufnahme des u-bahn-betriebs gleichzeitig auch der aufzug, das park-and-ride-system und eine anbindung an alle oeffentlichen verkehrsmittel zur verfuegung stehen werden.

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr. f u e r s t (oevp) nach den schaeden durch vandalismus an den oeffentlichen verkehrsmitteln im jahr 1979 antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass die schaeden 4,7 millionen betragen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum ein oevp-antrag, der den kriminalbeamten freie fahrt in oeffentlichen verkehrsmitteln gestattet, bisher nicht behandelt wurde, sagte nittel, dass der antrag ueberprueft wurde. da die kriminalbeamten bundesbedienstete sind, haben sie keinen anspruch auf freifahrt. laut statistik haben polizeibeamte in zivil nur in ganz wenigen faellen bei vandalismus eingegriffen. die freifahrten fuer kriminalbeamte sind daher grundsaeztlich nicht zielfuehrend und nicht moeglich. (forts.) ba/gg

80-09-26

gemeinderat (8)

utl.: fragestunde

=++++

23 wien, 26.9. (rk-kommunal) auf die 13. a n f r a g e von gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe), ob das bundesdenkmalamt dem abbruch von gebaedeteilen der beiden haeuser auf dem judenplatz zugestimmt hat, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), dass ein teilabbruch vom bundesdenkmalamt genehmigt wurde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , was der magistrat nun weiter veranlassen wird, sagte stadtrat wurzer, dass ein konkretes ansuchen fuer die bebauung der freiwerdenden flaechen nicht vorliege, dass jedoch die errichtung von Neubauten moeglich sei.

auf die 14. a n f r a g e von gr. s e e b o e c k (spoe) nach dem derzeitigen stand des bauverfahrens fuer die bebauung des schwarzenbergplatzes antwortete stadtrat dr. wurzer, dass der entwurf fuer die bebauung eine rekonstruktion der ferstel-fassade vorsieht. der gestaltungsentwurf wurde vom fachbeirat fuer stadtplanung befuerwortet. bei der bauverhandlung habe der bezirksvorsteher der ferstel-fassade zugestimmt aber einspruch gegen den anschliessenden gebaedetrakt erhoben. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , nach den auswirkungen dieses einspruchs sagte wurzer, dass die baubehoerde ausschliesslich nach den vorliegenden fachgutachten zu entscheiden hat. (forts.)
ba/bs

80-09-26

gemeinderat (9)

utl.: anfragen und antraege

=++++

24 wien, 26.9. (rk-kommunal) es lagen 14 schriftliche anfragen sowie fuenf antraege der fpoe und drei antraege der oevp vor.

die fpoe stellte antraege betreffend der umwidmung des gebietes rings um die niederhofstrasse auf erholungsflaeche - park, betreffend eine kontrollamtsueberpruefung zur auftragsvergabe der muellverwertung, betreffend dem abbruch aller geschaeftsbeziehungen der stadt wien zur firma prutscher, betreffend einer foerderungsaktion zur freimachung familiengerechter wohnungen sowie betreffend eine veranstaltung "'ortskern aspern"'.
von der oevp wurden antraege betreffend schadstoffe im wiener trinkwasser, reinhaltung des stadtbildes von stoerenden werbestaendern und betreffend verwendung des leerstehenden lehrlingsheimes weidling als drogenbehandlungsstation, eingebracht.
(forts) smo/fe

80-09-26

gemeinderat (10)

utl.: aufhebung der sperrfriedhoefe

=++++

25 wien, 26.9. (rk-kommunal) die aufhebung der sperre von 16 alten ortsfriedhoefen, die genehmigung von 50 millionen s fuer deren instandsetzung sowie eine erhoehung der friedhofstarife bis zu 40 prozent beantragte str. v e l e t a (spoe). mit der aufhebung der beschluesse ueber die 16 sperrfriedhoefe wird das ergebnis der volksbefragung beruecksichtigt: 63,2 prozent der befragungsteilnehmer entschieden sich fuer die friedhofserhaltung. veleta nahm gegen ''versteinerte'' friedhoefestellung. dazu wird noch viel aufklaerungsarbeit notwendig sein. die letzte gebuehrenanpassung ist vor acht jahren erfolgt, seither hat es betraechtliche kostensteigerungen gegeben.

gr. k u c h a r (spoe) sagte, das ergebnis der volksbefragung war ein beweis dafuer, dass die spoe-mehrheit des gemeinderates seit vielen jahren einen wunsch der bevoelkerung nicht beruecksichtigt hatte. da die tariferhoehung so hoch ausfaellt, sollte man in hinkunft die gebuehren in kuerzeren zeitabstaenden anpassen. gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y r (oevp) sagte, dass die achtjaehrige pause bei der gebuehrenanpassung eine folge der gratz-reformen ist: in sieben jahren waren nicht weniger als drei stadtraete fuer die friedhofsverwaltung zustaendig. nunmehr wird aber einem oevp-antrag entsprochen. die stadt wien beginnt das friedhofswesen als kulturelle aufgabe anzusehen mit eine finanziellen beitrag aus dem budget. (forts.) smo/gg

80-09-26

gemeinderat (11)

utl.: aufhebung der sperrfriedhoefe

=++++

26 wien, 26.9. (rk-kommunal) die sperre von friedhoefen und proteste der buerger gab es bereits vor 100 jahren, erklarte gr. p e s k a (spoe). in respektierung des volkswillens wurden nun sehr detaillierte vorschlaege zur gestaltung der 16 ortsfriedhoefe ausgearbeitet. die kosten dafuer werden 50 millionen betragen.

die letzte erhoehung der friedhofstarife erfolgte 1972. nach acht jahren ist eine erhoehung durchaus gerechtfertigt. fuer die zukunft sollte man erhoehungen in kuerzeren zeitraeumen vornehmen.

stadtrat v e l e t a (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass in der debatte redner aller fraktionen fuer eine korrektur der tarife in kuerzeren zeitabstaenden eingetreten sind. er hofft, dass die opposition diese meinung auch bei der naechsten tarifkorrektur vertreten wird.

a b s t i m m u n g : die aufhebung der sperre von 16 ortsfriedhoefen und die neuen friedhofstarife wurden einstimmig angenommen.

zwtl.: zuschuesse fuer kulturelle aktivitaeten

gr. dr. a i g n e r (spoe) beantragte als bericht-erstatte, dem filmclub "action" fuer zwei retrospektiven einen zuschuss von 240.000 schilling zu gewaehren. gr. p r o c h a s k a (oepv) sprach sich zwar fuer das vorhaben aus, war jedoch gegen die finanzielle bedeckung aus den ertraegnissen des kulturschillings. gr. i n g r i d s m e j k a l (spoe) beantragte als berichterstatte, dem "kunstverein wien" fuer ein hans moser-symposion einen zuschuss von 550.000 schilling zu gewaehren. gr. m a g. k a u e r (oepv) sprach sich ebenfalls gegen die bedeckung aus dem kulturschilling aus und kritisierete, dass nicht die stadt wien, sondern ein verein dieses vorhaben durchfuehrt. a b s t i m m u n g : die finanzierung beider zuschuesse aus den ertraegnissen des kulturschillings wurde mit den stimmen der spoe angenommen.
(forts) sei/bs

80-09-26

gemeinderat (12)

utl.: drogenstation vorderbruehl

=++++

27 wien, 26.9. (rk-kommunal) stadtrat univ.prof. dr. s t a c h e r (spoe) beantragte, der stiftung genesungsheim kalksburg als rechtstraeger der drogenstation vorderbruehl einen konstenzuschuss fuer 1980 in der hoehe von 3,3 millionen schilling zu leisten.

gr. dkfm. dr. sigrun s c h l i c k (oevp) kuendigte die zustimmung ihrer fraktion an. drei massnahmen seien im zusammenhang mit dem drogenproblem - heuer schon 44 tote, das "einstiegsalter" sinkt von jahr zu jahr - noetig: analyse der ursachen, vorbeugung und beseitigung der ursachen sowie hilfe und heilung fuer suechtige.

stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp) erklaerte, dass gar nicht genug getan werden koenne, den suechtigen zu helfen, von der droge wegzukommen. sie kritisierte, dass sich in moedling alle drei fraktionen gegen die station "querlegen". was wird getan, fragte kubiena, wenn die volksbefragung in moedling zugunsten der station ausgehe. sie verwies in diesem zusammenhang auf einen von der oevp eingebrachten antrag, zu pruefen, ob ein leerstehendes heim in wien 14, herzmanskystrasse, als uebergangsstation fuer drogenabhaengige verwendet werden kann.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) kuendigte an, dass die fpoe dem antrag zustimmen werde. man muesse allerdings auch versuchen, die sorge der moedlinger kommunalpolitiker zu verstehen.

die kosten fuer eine zehnmonatige behandlung belaufen sich pro patient auf 300.000 schilling, wobei die krankenkasse 220.000 schilling und die stadt wien 80.000 schilling uebernimmt. hirnschall machte bedenken geltend, ob die rehabilitation von suchtgiftkranken in der behindertenhilfe budgetiert werden koenne. zu den notwendigen massnahmen gehoere auch der polizeiliche kampf gegen dealer. (forts.) ger/bs

80-09-26

gemeinderat (13)

utl.: drogenstation vorderbruehl

=++++

28 wien, 26.9. (rk-kommunal) in einer zweiten wortmeldung erklaerte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp), dass sie verstaendnis fuer die moedlinger habe, aber so koenne man es nicht machen, dass zuerst die station in betrieb geht und dann wird eine buergerinitiative ins leben gerufen. stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) wandte sich in seinem schlusswort gegen den versuch, aus dieser frage parteipolitisches kapital zu schlagen. wir benoetigen eine drogenstation, sagte stacher, und die lage in der vorderbruehl sei optimal. wir sind bereit, die bevoelkerung moedlings darueber zu informieren, dass ihre angst unbegrundet ist. aufklaerung ist notwendig. die budgetierung in der behindertenhilfe ist moeglich, da auch psychische behinderungen im behindertengesetz enthalten sind.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (forts)
ger/fe

80-09-26

gemeinderat (14)

utl.: stadterneuerung ottakring

=++++

29 wien, 26.9. (rk-kommunal) stadtrat h a t z l (spoe)
beantragte, zur fortsetzung der gebietsbetreuung des assanierungs-
gebiets ottakring 1,977.000 s zu genehmigen.

als erster debattenredner wies gr. p f o c h (spoe)
auf die wichtigkeit der stadterneuerungsprojekte hin. schon vor
ottakring wurden am spittelberg und im planquadrat wieder derartige
projekte begonnen und bereits weitgehend durchgefuehrt. das projekt
ottakring trat 1978 in die realisierungsphase. in dem gebiet gibt
es bei rund 1.000 bewohnern 650 wohnungen. der prozentsatz der
substandardwohnungen konnte auch durch private instandsetzungen
von hausbesitzern und bewohnern in den letzten zwei jahren von 71
auf 60 prozent gesenkt werden. dies sei auch der gebietsbetreuung
durch die urbanbau zu verdanken. die neueinrichtung eines parks
und einer wohnstrasse habe bedeutung fuer den ganzen bezirk.
die kosten des modells ottakring fuer die gemeinde betragen
derzeit immerhin 43 millionen s, sagte pfoch, da die grund-
saetzliche erneuerung von der gemeinde getragen werden muss.
positive beispielsfolgen des ottakringer modells sind auch fuer
meidling, den ulrichsgrund und andere sanierungsgebiete zu
erwarten. (forts.) gab/gg

80-09-26

gemeinderat (15)

utl.: assanierungsgebiet ottakring

=++++

30 wien, 26.9. (rk-kommunal) gr. dr. m a y r (oevp) betonte seine positive einstellung zur stadterneuerung. im falle ottakring kritisierte er aber die kosten von 5 millionen s fuer die gebietsbetreuung durch die urbanbau, ebenso den zeitraum von rund zehn jahren fuer die erneuerung eines im verhaeltnis zu den insgesamt 174.000 substandardwohnungen von wien kleinen gebietes. dies sei ein tropfen auf den heissen stein. mayr forderte die verstaerkte einbindung von privaten und genossenschaften in die assanierungsarbeiten in derartigen gebieten und eine bessere koordinierung der an den arbeiten beteiligten magistratsabteilungen. dies alles sei noetig, um den zeitraum von den ersten untersuchungen bis zur verbauung moeglichst kurz zu halten.

stadtrat h a t z l wies in seinem schlusswort darauf hin, dass die kosten fuer die gebietsbetreuung durch die urbanbau zu zwei drittel vom bund getragen werden. auf das wort seines vorredners vom tropfen auf den heissen stein eingehend, meinte hatzl, er hoffe in bezug auf die stadterneuerung, dass es schliesslich viele tropfen, und damit einen ganzen wasserschwall geben werde. abschliessend bat er nochmals um die annahme seines antrages.

a b s t i m m u n g : einstimmig abgenommen.
(forts.) ba/bs

80-09-26

gemeinderat (16)

utl.: errichtung eines ludwig boltzmann-institutes

=++++

31 wien, 26.9. (rk-kommunal) gr. p f o c h (spoe) beantragte die errichtung eines ludwig boltzmann-institutes im rahmen des koordinationsbueros des magistrats. das neue institut wird sich mit der forschung und entwicklung neuer energietechnologien beschaefftigen. der leiter des arbeitskreises energie soll gleichzeitig leiter des neuen boltzmann-institutes werden.

stadtrat dr. g o l l e r (oevp) kritisierte die verbindung zwischen dem arbeitskreis energie und dem ludwig boltzmann-institut. das institut soll sauber und klar von den einrichtungen der stadtverwaltung getrennt werden. mit einer personalunion habe man schon einmal schlechte erfahrungen gemacht. wilfling war bereichsleiter der spitaeler und leitete gleichzeitig das institut fuer krankenhausoekonomie. das institut erhielt in kurzer zeit sechs grosse auftraege, ausserdem auch zuschuesse aus dem medizinisch-wissenschaftlichen fonds des buergermeisters. stadtrat goller sprach sich gegen eine derartige "freunderlwirtschaft" aus. die oevp wird daher aehnlichen konstruktionen keine zustimmung geben, sagte goller.

gr. s v o b o d a (spoe) wies darauf hin, dass der vertrag zwischen der stadt wien und dem ludwig boltzmann-institut keinerlei nachteile fuer die stadt wien mit sich bringt. fuer sachliche fragen habe die oevp nur scheinargumente bereit. das neue institut sei als guenstige verbindung zwischen wissenschaft und verwaltung zu bezeichnen. stadtrat goller habe mit seinen verdaechtigungen die ganze boltzmann-gesellschaft verunglimpft.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen. (forts)

ba/fe

80-09-26

gemeinderat (17)

utl.: gynaekologische ambulanz

=++++

32 wien, 26.9. (rk-kommunal) gr. erika k r e n n (spoe) beantragte fuer den zubau einer gynaekologischen ambulanz mit familienberatung im floridsdorfer krankenhaus eine sachkredit-erhoehung von 1,550.000 s fuer notwendige kabelerneuerungen und gasleitungen. gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) nahm dies zum anlass fuer kritik an der fristenloesung sowie an str. stacher, der dazu keine klare stellung beziehe. sie setzte sich fuer eine wissenschaftlich einwandfreie information der frauen ueber den zustand der ungeborenen zum zeitpunkt der abtreibung ein. gr. maria s z o e l l e s i (spoe) bezeichnete die ambulanz als echte verbesserung der aertzlichen versorgung auf dem gebiet der gynaekologie in floridsdorf. was die fristenloesung betrifft, so wird keine frau zu einer schwangerschaftsunterbrechung gezwungen. str. univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) erklarte, aus seiner meinung ueber die fristenloesung nie ein geheimnis gemacht zu haben. die loesung ist sicher nicht ideal, aber die derzeit beste. in westlichen bundeslaendern wird durch druck auf die aerzte den frauen die moeglichkeit genommen, eine freiwillige ent-scheidung zu treffen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen von fpoe und spoe angenommen. (schluss) smo/gg